

## **Umwelt und Gerechtigkeit als zentrale Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts**

Rede des Parlamentarischen Staatssekretärs Michael Müller, auf dem Kongress  
„Umweltgerechtigkeit“ der Deutschen Umwelthilfe e.V.

in Frankfurt am Main am 31. März 2009

Meine Damen und Herren,

**„Klimaschutz auf Kosten der Mieter“** – so überschreibt Heike Jahberg ihren Kommentar im Tagesspiegel am 20.03.2009 zu den Förderprogrammen im Rahmen des Konjunkturpakets I, die Anreize zur energieeffizienten Sanierung von Wohnraum setzen wollen. Wenn Sie kein Fragezeichen am Schluss dieses Satzes gehört haben, dann haben Sie richtig gehört. Heike Jahberg zeigt sich in dem Artikel tatsächlich überzeugt, dass von der Förderung allein die Vermieter profitieren. Damit wären wir schon ganz tief drin im Thema dieser Tagung: **Umwelt und Gerechtigkeit**

Deshalb noch ein Beispiel, mit dem wir uns dem Thema zunächst nur annähern:

Die Frankfurter Rundschau meldete vor wenigen Tagen ganz unspektakulär:  
**Parks und Grünflächen in Wohngebieten fördern bei Kindern die Freude an der Bewegung.**

Hintergrund für diese Nachricht waren Ergebnisse kanadischer Forscher, die auf einer Tagung der Amerikanischen Herzgesellschaft über einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Freude von Kindern an Bewegung und der Zahl der in einer Wohngegend gelegenen öffentlichen Grünanlagen berichteten. Es war nur eine kleine Meldung, aber sie vermittelt eine ganz **wichtige Botschaft**: Umwelt- und Naturschutz haben Wirkungen, die sich im persönlichen Wohlbefinden niederschlagen. Diese Botschaft ist wichtig und ich wünsche mir mehr davon in Zeiten, wo die überwunden geglaubten Gegensätze zwischen Ökonomie und Ökologie wieder aufbrechen, interessierte Kreise meinen, mit Recht behaupten zu können, dass wir uns Klimaschutz angesichts wachsender Arbeitslosigkeit und kollabierender Banken und Unternehmen nicht mehr leisten zu können.

Diese beiden Nachrichten, die in ihrer Message gegensätzlicher kaum sein könnten, machen deutlich, wie hochaktuell es ist, sich mit den sozialen Auswirkungen von Umweltpolitik auseinanderzusetzen.

Meine Damen und Herren,

ich möchte Sie ganz herzlich zu der Tagung hier in Frankfurt begrüßen. Ich freue mich, dass die Deutsche Umwelthilfe als ein wichtiger Akteur im Umweltschutz sich der Frage nach den **sozialen Implikationen** des Umweltschutzes stellt. Dabei geht nicht allein darum weiteren Akzeptanzverlusten von Umweltpolitik entgegenzuwirken.

Vielmehr sollten wir für die Notwendigkeit und Fruchtbarkeit eines erweiterten, auch auf die Natur, auf globale Fragen und vor allem auf die nachfolgenden Generationen bezogenen Verständnisses von Gerechtigkeit werben. Auch die Allgemeingüter wie saubere Umwelt, gesundheitsförderliches Umfeld, öffentliche Sicherheit, städtische Lebensqualität, zukunftsfähige Institutionen und Lebensstile sind in unserem Konzept Bestandteil von Wohlstand und Wohlfahrt.

Bislang allerdings werden ökologische Fragestellungen allein als technische Herausforderung betrachtet und gelöst. Dass aber ungelöste ökologische Probleme sich auf den Lebensalltag der Menschen nachteilig auswirken, wird heute kaum noch bestritten. Besonders offensichtlich wird das beim Blick über die Grenzen. Schon heute stellen Umweltflüchtlinge, also Menschen, die wegen der Zerstörung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen ihre Heimat verlassen müssen- mit 20 Millionen den größten Anteil der Flüchtlinge weltweit. Man rechnet mit fortschreitendem Klimawandel mit einem deutlichen Anstieg auf 100 Millionen Menschen in den kommenden 20 Jahren.

Wir kommen einfach nicht daran vorbei, dass die Ökologie heute im Zentrum der Gesellschaftspolitik steht. Hier sehe ich einen entscheidenden Unterschied zu früher: Früher haben wir Umweltpolitiker uns immer dafür rechtfertigen müssen, was wir wollten. Jetzt sind wir fast in der Situation, dass alle anderen sich rechtfertigen müssen, warum sie nicht ökologischen Anforderungen gerecht werden.. Das ist eine gewaltige Verschiebung des Stellenwertes, praktisch eine Umkehr der Beweislast.

Wenn jedoch ökologische Fragen so ins Zentrum rücken, dann steht Umweltpolitik nicht mehr neben anderen Politikfeldern, sondern dann ist Umweltpolitik der strategische Hebel gesellschaftspolitischer Veränderung. Und dieser strategische Hebel bedeutet, dass die Ökologie jetzt umgekehrt auch auf sozialpolitischen Fragen und Probleme antworten.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig und richtig, dass sich Umweltpolitik systematisch auch damit befasst, welche Wirkungen sie auf sozialpolitische Fragestellungen hat und wie sich unterlassene Umweltschutzmaßnahmen auswirken. Dies kann nur im Dialog geschehen. Ich begrüße es deshalb sehr, dass die Deutsche Umwelthilfe diese Herausforderung aufgegriffen hat und den Dialog sucht mit den Akteuren auf der kommunalen Ebene. Das große Interesse an der Tagung gibt den Veranstaltern Recht!

Diese Auseinandersetzung darf allerdings nicht nur auf einer abstrakten Ebene stattfinden. Es sind ganz konkrete Fragestellungen, die sich vor Ort stellen und die wir zu beantworten haben. Mit einigen befassen Sie sich in dieser Tagung hier.

Nachhaltige Entwicklung ist im Kern eine kulturelle Frage. Dies darf bei der Konstruktion von politischen Maßnahmen auf nationaler wie auf kommunaler Ebene nicht ausgeblendet werden, weil wir schließlich die Bevölkerung für die Mitwirkung beim Umstieg auf eine nachhaltige Entwicklung gewinnen wollen und müssen. Diese Partizipationsbereitschaft muss sich für alle Mitwirkenden lohnen, und zwar objektiv

und subjektiv, d. h. in der Realität und in der jeweiligen Wahrnehmung. Das Gefühl gerecht behandelt zu werden und soziale Anerkennung durch andere Menschen gehören nach den Ergebnissen der psychologischen und verhaltensökonomischen Forschung ganz wesentlich zu einem "Guten Leben".

Ich finde es wichtig, dass sich gerade auch Künstler mit dem Thema beschäftigen. Nach meiner Erfahrung können sie einen ganz anderen Zugang schaffen. Leider sind es noch wenige, die Ökologie und Kultur, vor allem bildende Kunst miteinander verbinden.

Meine Damen und Herren,

wir leben in einer besonderen Zeit. Es wäre völlig verfehlt, an dieser Stelle nur die Finanzkrise zu nennen. Wir erleben nämlich, dass gegenwärtig vier große Problemfelder zusammenkommen. Das hat es in dieser Form in der modernen Wirtschaftsgeschichte noch nicht gegeben. Wir erleben neben der Finanz- und Wirtschaftskrise das Klimaproblem. Hier irrt wer glaubt, wir könnten uns angesichts von Wirtschafts- und Finanzkrise Klimaschutz nicht leisten. Tatsächlich können wir es uns nicht leisten, auf Klimaschutz zu verzichten.

Wir erfahren ferner zum ersten Mal sehr real die Endlichkeit unserer Ressourcen durch steigende, teilweise explodierende Energie- und Rohstoffpreise im letzten Jahr. Auch wenn sie jetzt aktuell sinken mögen: Sobald die Weltwirtschaft wieder anspringt, wird eine steigende Nachfrage die Preise erneut massiv nach oben treiben. Alles andere wäre eine schöne Illusion. Und schließlich: allein in den letzten Monaten haben in über 40 Ländern der Welt sog. Hungerrevolten stattgefunden:

**Wir sind zugleich konfrontiert mit wachsendem Hunger, Ressourcenverknappung, Klimawandel und Finanzkrise jeweils globalen Ausmaßes.**

Nach meiner Einschätzung stehen wir im Augenblick am Ende einer Epoche: Wir erleben das Ende der dritten Phase – so würde ich das nennen – des Finanzkapitals. Die erste Phase hieß Manchesterkapitalismus, mit all seinen Wirren und der totalen Ausbeutung des Faktors Arbeit. Danach folgten New Deal und Bretton-Woods, eine wohlfahrtsstaatlich ausgerichtete Phase, die sich seit Mitte der 70er Jahre schrittweise wandelte durch die Dominanz eines reinen Finanzkapitalismus. An dessen Ende stehen wir heute vor gleich mehreren Menschheitsherausforderungen!

Was meint eigentlich Menschheitsherausforderungen? Für mich heißt das ganz klar: Ein weiter so wie bisher, orientiert sich an einer kurzsichtigen und kurzfristigen Betrachtung und führt deshalb nicht in eine gute Zukunft. Wir müssen die langfristige Perspektive anstreben: Wir brauchen wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die Umweltinnovationen und nachhaltiges Wirtschaften fördern.

Allein deshalb ist es auch interessant, was in diesem Augenblick passiert, in dem wir eine unglaubliche Zuspitzung völlig unterschiedlicher Problemlagen erleben und die die westliche Gesellschaft in einem bisher nicht bekannten Ausmaß herausfordern. Wir haben lediglich zwei grundlegende Optionen: Entweder beschränken wir uns auf

Krisenmanagement oder wir verbinden Krisenmanagement mit der Schaffung neuer Strukturen. Krisenmanagement allein wird allerdings nicht ausreichen. In den deutschen Konjunkturprogrammen sind deshalb Elemente zur Bekämpfung auch der Klimakrise angelegt, die sicher noch ausgebaut werden müssen.

Nach meinem Eindruck bestätigt der Blick auf die moderne Gesellschaft die Erkenntnis von Karl Marx und Friedrich Engels, wonach die moderne Gesellschaft einem Hexenmeister gleicht, der die unterirdischen Gewalten, die er heraufbeschworen hat, nicht mehr zu beherrschen vermag. Genau dies erfahren wir im Augenblick aufgrund der rücksichtslosen Gier von einigen Bankern, denen jedes Maß und jeder Anstand verloren gegangen scheint.

Gerhard Scherhorn hat völlig Recht, wenn er darauf hinweist, dass eben in den letzten Jahren systematisch Strukturen aufgebaut wurden, die die finanzielle Gier geradezu prägend für Wirtschaft und Gesellschaft gemacht haben. Er hat auch Recht mit dem Hinweis, dass diese Gier als das beherrschende Instrument der letzten Jahre vor allem durch zwei Faktoren hervorgerufen wurde, nämlich durch soziale Bindungslosigkeit und grenzenlosen Expansionsdrang in der Annahme eines grenzenlosen Wachstums.

Wie aber sieht eine Ökonomie und Gesellschaft aus, die eben nicht das Prinzip der sozialen Bindungslosigkeit pflegt? Und wie sieht eine Gesellschaft aus, die den grenzenlosen Expansionsdrang umbaut in eine – wie Willy Brandt das Anfang der Siebziger Jahre genannt hat – Entwicklung eines qualitativen Wachstums?

Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, Bindungslosigkeit zu überwinden und eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu schaffen, die auch fähig ist, mit ihren Grenzen und ihrer Endlichkeit umzugehen. Welches sind hierfür die entscheidenden Voraussetzungen?

Um es ganz deutlich zu sagen: Nach meiner Auffassung findet im Augenblick so etwas statt wie ein – ich zitiere Roosevelt: „Rendezvous mit dem Schicksal“. Jetzt geht es darum, nicht nur ein Problem zu erkennen, sondern gleichzeitig drei Faktoren zusammenzubringen, damit wir diese neue Epoche beginnen können: nämlich erstens handelnde Personen, zweitens eine klare Problemanalyse und drittens die Entwicklung konkreter Alternativen und Perspektiven.

Das müssen diejenigen, die Verantwortung für ökologisches Denken, für ökologisches Handeln übernehmen wollen, begreifen. Es geht um diese drei Elemente, die jetzt zusammengefügt werden müssen. Und da haben aus meiner Sicht Veranstaltungen, wie die heutige Tagung ihren besonderen Reiz und Wert.

Der Deutsche Naturschutzring hat Ende des vergangenen Jahres ein Grundsatzpapier verabschiedet, das der Frage nachgeht, wie sich unsere Zukunft gestalten lässt und wer die Verantwortung für die Weichenstellung übernimmt. „Die Alternativen sind klar: Entweder wir stehen vor einem Jahrhundert der Nachhaltigkeit oder aber es

droht ein Jahrhundert, das gekennzeichnet sein wird von erbitterten Verteilungskämpfen und entfesselter Gewalt.

Genau an diesem Scheidepunkt befinden wir uns jetzt: Erbitterte Verteilungskämpfe – entfesselte Gewalt oder aber eine Philosophie der Nachhaltigkeit. Dabei steht Europa in einer besonderen Verantwortung. Nirgendwo sonst in der Welt sehe ich im Augenblick politische, soziale, wissenschaftliche Kräfte, die diese Gedanken wirklich vorantreiben, bei aller Wertschätzung beispielsweise auch für Befreiungsbewegungen oder auch für Initiativen in Lateinamerika oder wo auch immer. Die entscheidende Herausforderung richtet sich an Europa. Sind wir in dieser Phase bereit und fähig, in dieser sich immer mehr verschärfenden Krise die richtigen Antworten zu geben?

Doch selbst wenn die technologische Entwicklung ihren Beitrag zur Lösung bringen, selbst wenn wir es schaffen, Ökonomie und Ökologie optimal zu verbinden, müssen wir die Menschen für ein an nachhaltiger Entwicklung orientiertes Leben - für eine Änderung ihres Alltagverhaltens gewinnen.

Dank des enormen Schubs, den die Klima- und Umweltdebatte vor allem durch den Bericht des IPCC bekommen hat, können wir ein Mehr an Bewusstsein in unserer Gesellschaft feststellen. Das zeigen die Ergebnisse unserer jüngsten Umweltbewusstseinsstudie: Rund 95% der Deutschen lehnen es aus ethischen Gründen ab, dass die nachfolgenden Generationen die beträchtlichen Kosten tragen müssen, die unser Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen verursacht. Gleichzeitig wissen wir aus unseren Umfragen, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger davon überzeugt sind, dass konsequente Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen erhebliche wirtschaftliche Chancen für die Zukunft bieten werden.

Trotzdem: ich bezweifle, dass wir damit in unserer Gesellschaft schon tatsächlich die notwendige Problemdurchdringung erreicht haben. Noch immer besteht eine große Kluft zwischen dem (Umwelt-) Bewusstsein und dem tatsächlichen Verhalten. Die Bereitschaft der Menschen, ihren Lebensstil zu ändern schwindet, wenn sie das Gefühl haben, auf eigene Lebensqualität verzichten zu müssen. Wir stehen also vor der großen Herausforderung, deutlich und erlebbar zu machen, dass umweltschonende Verhaltensweisen und Lebensstile auch einen ganz persönlichen Gewinn an Lebensqualität und Gestaltungsoptionen eröffnen.

Ich will nicht verhehlen, dass ich im Augenblick auch in Deutschland weder die Politik noch die öffentliche Debatte auf diese Weichenstellung vorbereitet sehe. Auch wenn es Ausnahmen gibt, erlebe ich nicht selten in Gesprächen mit Journalisten, dass auch sie die Diskussion über die grundsätzliche Weichenstellung nur all zu leicht unter Verweis auf die aktuelle Krise auf einen späteren Zeitpunkt verschieben.

Ich bin aber überzeugt, dass wir jetzt über darüber reden müssen und nicht erst, wenn die Weichen möglicherweise bereits in die falsche Richtung gestellt sind, um uns später nicht dem Vorwurf auszusetzen: „Das hättet Ihr früher sagen müssen“. Umso wichtiger sind Kongresse wie der Heutige, die ein offenes Forum für Dialog und Meinungsbildung bieten.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir jetzt eine Weichenstellung treffen müssen. Dabei kommt es wie noch nie zuvor darauf an, dass ökologische Kräfte nicht nur Ideen entwickeln, sondern auch den Dialog mit anderen gesellschaftlichen Gruppen suchen, um nicht nur die Finanzkrise in den Griff zu bekommen, sondern eine Wirtschafts- und Unternehmensverfassung mit einem sozialen und kulturellen Verständnis der Gesellschaft zu verbinden. Damit eben diese große Idee der Nachhaltigkeit nicht letztlich zu einem Plastikwort verkommt, das folgenlos bleibt.

Wir müssen es schaffen, ein integratives Fortschrittsmodell zu begründen, das ökonomische, ökologische und soziale Aspekte miteinander verbindet. Das ist die zentrale Herausforderung.

Deshalb dürfen wir die vier beschriebenen Krisen nicht isoliert betrachten, sondern wir müssen sie einer koordinierten Lösung zugänglich machen. Und dies wird aus meiner Sicht nur funktionieren, wenn wir zwei Dinge begreifen:

**Erstens:** Wir dürfen den Menschen überhaupt nicht vormachen, dass eine Umbauphase nicht mit Belastungen verbunden wäre. Pardon, wenn ich das hier einmal selbstkritisch hinterfrage, aber was manche Umweltvertreter immer wieder selbstverständlich behaupten: Ökologie und Ökonomie sei eine reine win-win-Strategie. Das ist abstrakt richtig, aber praktisch noch nie bewiesen worden. Im Zweifelsfall bedeutet ein Umbau immer auch eine Belastung für einzelne Bevölkerungsgruppen. Selbst wenn sie mittel – oder langfristig von dem Umbau profitieren, müssen wir eine Antwort auf die Frage finden, wie wir mit kurzfristig steigenden Belastungen umgehen. Dazu müssen wir die Befürchtungen der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen, wonach Geringverdiener ganz besonders nicht nur unter dem Anstieg der Energiepreise, sondern auch unter umweltpolitischen Maßnahmen zur Eindämmung von Umweltbelastungen zu leiden hätten.

Nachhaltige Entwicklung ist die richtige Zukunftsstrategie, aber wir müssen jetzt auch Methoden und Mechanismen entwickeln, damit die Umbauphase nicht nur von besseren Einkommenschichten bewältigt werden kann. Alle müssen mitmachen können. Auch das ist eine Frage der Gerechtigkeit!

Ich will das an einem Beispiel verdeutlichen: Auch bei uns treffen die steigenden Energiepreise besonders die kleinen Einkommen. Nach einer Studie aus NRW: liegt der Anteil der Ausgaben für Energie in den ärmsten Haushalten bei 8,4 % des verfügbaren Haushaltseinkommens, bei den reichsten Haushalten nur bei 2,8 %. Die steigenden Strom- und Energiepreise bergen erheblichen sozialen Sprengstoff – bis in die mittleren Schichten hinein. Es gibt also eine klare Verteilungswirkung, die wir nicht leugnen dürfen. Und wenn Einsparung von Energieverbrauch und die stärkere Nutzung von erneuerbaren Energien mit Investitionen verbunden sind, verschiebt sich zumindest in der Umbauphase dieses Ungleichgewicht noch stärker. Daraus folgt: wenn ich den Umbau will, muss ich Mechanismen finden, die die Umbauphase so organisieren, dass auch die unteren Schichten, die sozial schwächeren Schichten, ihn nicht als Bedrohung empfinden, sondern als Zukunftsperspektive empfinden, bei der jeder gerne mit anpackt.

Mir macht große Sorge, dass in den USA in der Zwischenzeit zunehmend diskutiert wird, ob nicht auch Ökologie eine Form von Rassismus sein kann. Das ist natürlich überspitzt, gar keine Frage, aber es hat einen realen Kern. Viele Menschen haben Angst vor den notwendigen strukturellen Änderungen. Das belegen auch viele Studien. Wir müssen alles tun, um den Umbau gerecht zu gestalten, damit die ökologische Erneuerung, die ich für die entscheidende Schlüsselfrage für ein neues Fortschrittsmodell ansehe, auch tatsächlich in der Breite möglich ist und nicht nur für sozial starke Schichten. Es wird nicht anders gehen.

Der **zweite Bereich**, den ich in diesem Zusammenhang ansprechen möchte: es ist interessant, dass in der Kommunalpolitik das Thema Daseinsvorsorge im Augenblick wieder einen wachsenden Stellenwert bekommt. Überall in der Kommunalpolitik wird über Daseinsvorsorge und die Erneuerung der Idee der Daseinsvorsorge diskutiert. Es sollte uns gelingen, das Thema Ökologie als wesentlichen Teil in die Daseinsvorsorge zu integrieren. Also ökologische Daseinsvorsorge als einen ganz wesentlichen Handlungsfeld der Kommunalpolitik aufzubauen und umzusetzen. Lassen Sie mich deshalb zum Schluss ausdrücklich um Anregungen aus Ihrer kommunalen Erfahrung bitten. Wir – das Ministerium – sind für Anregungen sehr dankbar, weil wir uns manchmal fühlen wie ein Suchender. Denn es ist ziemlich schwer, das abstrakte Ziel der Gerechtigkeit hier sehr konkret mit ökologischen Feldern zu verbinden. Auf dem Papier kann ich das schnell als win- win- Situation bezeichnen, aber sie zu realisieren ist - wie wir schon gesehen haben - ungleich schwieriger.

Wir müssen, um die Nachhaltigkeit zu konkretisieren, vor allem definieren, wie sie unter dem Gesichtspunkt sozialer Chancen und sozialer Gerechtigkeit aussieht. Als die Weltwirtschaftsordnung von 1945, also von (in) Bretton- Woods, beschlossen wurde, gab es damals auch sehr präzise Vorstellungen, wie man die Frage des fairen Zugangs zu Energie und Rohstoffen und der Schutz der Umwelt organisieren sollte. Das war eine der zentralen Forderungen damals. Aber weil man nicht fertig war in der damaligen Situation, sondern die Havanna-Charta, die das dann konkretisiert hat, erst 1948, also 3 Jahre später vorgelegt wurde, hat es dann in der praktischen Politik keine Rolle mehr gespielt. Im Gegenteil: 1948 war dann schon wieder alles dominiert vom Ost-West-Konflikt, vom Marshall-Plan und von vielem anderen. Die ursprünglichen Ansätze, die damals auch verbunden waren mit Bretton- Woods – neben der Finanzordnung – also die Ziele einer fairen Umwelt- und Rohstoffordnung haben keine Rolle mehr gespielt, weil sie leider zu spät kamen.

Deshalb jetzt umgekehrt: In der aktuellen Krise müssen wir präsent sein und ich wünsche mir, dass diese Konferenz einen Beitrag dazu leistet, dass wir die Antworten geben können, an der die Anderen nicht vorbei kommen.